



Frau Angelika Ehebrecht  
Herr Hans-Joachim Böttche  
Frau Martina Spyra

FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
Bereich Wohnen  
Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.09.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Analyse der Fälle nach § 35a SGB VIII
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Erstellung "Lokaler Teilhabeplan Potsdam"  
Vorlage: 10/SVV/0759  
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Ökologischer Mietspiegel  
Vorlage: 10/SVV/0803  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6.2 Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen  
Vorlage: 10/SVV/0806  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Schulze.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.09.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

### **Bestätigung des Protokolls vom 21.09.2010**

Zum Protokoll gibt es keine Anmerkungen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem Protokoll wird einstimmig zugestimmt.*

#### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Schulze schlägt vor, die Drucksache 10/SVV/0806 (Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen) zum Tagesordnungspunkt 6.2 auf die November-Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu vertagen und in die Diskussion zum Thema „Wohnen“ zu integrieren.

Herr Kühn fragt, ob der Wohnungsmarktbericht und das Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ zwei Berichte sind.

Herr Böttche (Bereich Wohnen) bestätigt, dass es sich hierbei um zwei Berichte handelt. Der 2. Bericht zum Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ wird vom Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung erarbeitet und soll im Dezember in den Fachausschüssen vorgestellt und diskutiert werden.

Herr Kühn regt an, den Wohnungsmarktbericht auf der Tagesordnung zu lassen.

Frau Müller erklärt, dass im Wohnungsmarktbericht jährlich über den Wohnungsmarkt berichtet wird.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Vertagung der Drucksache 10/SVV/0806 (Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen)

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

*Der Vertagung wird zugestimmt.*

Anschließend bittet Frau Schulze um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.*

## zu 2 **Informationen der Verwaltung**

Frau Müller informiert, dass Herr Möckel seit dem 01.10.2010 als stellv. Amtsarzt in der Stadtverwaltung tätig ist.

Herr Möckel stellt sich dem Ausschuss vor.

Frau Müller teilt mit, dass der Gesundheits- und Sozialplaner, der seit 01.10.2010 in der Stadtverwaltung tätig ist, bereits zum 01.11.2010 seine Kündigung eingereicht hat.

Herr Kühn fragt nach der Zwischenmitteilung zu den Prüfrechten freier Träger. Er spricht die Fördermöglichkeiten durch den Bund an und fragt, wie konkret die Informationen sind. Insbesondere fragt er nach der Förderung für den Integrationsgarten.

Frau Müller informiert, dass sich die Mitteilungsvorlage zur Erweiterung der Prüfrechte für freie Träger im Geschäftsgang befindet und für die Dezembersitzung der SVV eingereicht werden soll.

Sie macht deutlich, dass die Fördermöglichkeiten eingeschränkt werden sollen. Dies ist auch bereits im Deutschen Städtetag thematisiert worden. Die LHP wird sich weiterhin dafür einsetzen. Es gibt noch kein konkretes Zahlenmaterial, aus dem abgeleitet werden kann, dass z.B. der Integrationsgarten nicht mehr gefördert werden soll.

Frau Schulze weist darauf hin, dass der Bundesausschuss das noch nicht mit Zahlen belegt hat, um dies auf Potsdam herunter brechen zu können. Die Stadtteilräte haben dies auch bereits auf ihrer Agenda.

Herr Kühn bittet um Information im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Wenn die Entscheidungsfindung im Bund vorangeschritten ist, sollte die Liste der geförderten Projekte vorgelegt und im GS-Ausschuss diskutiert werden sollte.

Frau Schulze sagt dies zu.

## zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

### **Seniorenbeirat**

Herr Puschmann informiert über die Podiumsdiskussion des Seniorenbeirates mit der Akademie 2. Lebenshälfte am 19.10.2010 im Bürgerhaus am Schlaatz zu den Themen „Altersgerechtes Wohnen“, sowie Problemen mit den Verkehrsbetrieben Potsdam. Erfreulich war aus seiner Sicht, dass relativ viele Einwohner an der Veranstaltung teilgenommen haben.

Es wurde vereinbart, dass derartige Veranstaltungen nicht nur vor, sondern auch zwischen den Wahlen stattfinden sollen.

Des Weiteren informiert er, dass zurzeit eine Abordnung aus Opole im Rahmen des Projektes Altenpflege zu Gast in Potsdam ist. Am 27.10.2010 wird ein Seniorenworkshop über die Arbeit der Senioren in Potsdam und in Opole durchgeführt.

Die polnische Delegation wird auch zu den Seniorensportspielen am 27.10.2010 anwesend sein. Schirmherrin der Seniorensportspiele ist Frau Elona Müller.

Herr Puschmann macht deutlich, dass die Seniorensportspiele nicht fortgesetzt

werden, wenn in diesem Jahr die Beteiligung zu gering ist.

### **Migrantenbeirat**

Frau Schummel informiert über das Treffen des Migrantenbeirates mit Landtagsabgeordneten. Bedauerlicherweise war die Veranstaltung nur sehr schwach besucht war.

Sie berichtet, dass sich der Migrantenbeirat in seiner letzten Sitzung mit dem Antragsverfahren bei der Inanspruchnahme der Dolmetscherleistungen befasst hat. Weitere Themen waren die Ergebnisse der Befragung Potsdamer Flüchtlinge zum Tag des Flüchtlings sowie die aktuellen Probleme der russisch-orthodoxen Gemeinde.

### **Behindertenbeirat**

Herr Schmarje informiert, dass am 27.10.2010 die AG „Barcelona“ tagt. Er verweist auf die Sitzung des Hauptausschusses am 13.10.2010, in der die Rampe am Eingang des Klinikums „Ernst von Bergmann“ thematisiert wurde. Hier hat auch der Behindertenbeirat eine Stellungnahme abgegeben.

Frau Schulze verweist auf das Schreiben des Behindertenbeirates an den Oberbürgermeister, in dem um einen Termin gebeten wurde. Sie fragt, ob dieser Brief schon beantwortet wurde.

Herr Schmarje verneint dies. Bisher steht die Beantwortung noch aus.

Frau Schulze weist darauf hin, dass am 04.11.2010 das Behindertenforum stattfindet. Sie regt an, dass die Mitglieder des GS-Ausschusses daran teilnehmen, wenn ihnen dies möglich ist.

## **zu 4 Analyse der Fälle nach § 35a SGB VIII**

Frau Ehebrecht (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) gibt eine Einführung und macht deutlich, dass die Analyse zur Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII erstellt wurde, da es mit der Überleitung vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie in den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt einen Fallaufwuchs gab.

Bei der Erstellung der Analyse wurde festgestellt, dass es eine bundesweite Tendenz zum Fallanstieg bei den Jugendhilfeträgern gibt.

Sie erläutert die einzelnen mit den Sitzungsunterlagen ausgereichten Folien.

Sie verweist auf die fehlende gesetzliche Teilhabebeeinträchtigungs-Normierung und berichtet, dass hier eine eigene Normierung entwickelt wurde.

Eine Folge der Analyse war, dass neue Handlungsfelder aufgemacht wurden. Es gibt eine Optimierung der Prozesssteuerung zwischen dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und dem Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt. Des Weiteren wurde eine Qualifizierung der fachlichen Leistungsprüfung durch Einführung des Hilfeplanverfahrens erreicht.

Bezüglich der Lese-Rechtschreib-Schwäche und Rechenschwäche gibt es eine Verbesserung in der Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt. Dieses wird zukünftig seiner Verantwortung stärker nachkommen. Hierzu sind die Gespräche aber noch nicht abgeschlossen. Es wurde auch ein Schreiben an den Minister für Bildung und Sport verfasst. Dieser hat zugesagt, zukünftig stärker zu

unterstützen.

Es wird eine Standardisierung der Verträge mit den Trägern erarbeitet sowie ein Vergleichs- und Arbeitsring mit den umliegenden Gemeinden gebildet.

Frau Ehebrecht betont, dass Potsdam momentan durch diese Analyse eine Vorreiter-Rolle übernommen hat.

Frau Michalske-Acioglu fragt nach der Altersstruktur der in der Analyse erfassten Kinder und Jugendlichen.

Frau Ehebrecht erklärt, dass es sich hierbei um Schulkinder handelt.

Frau Müller schlägt vor, die Folien farblich mit Altersstruktur und Verweildauer in den Maßnahmen als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Sie berichtet, dass auch beim Sozialausschuss des Deutschen Städtetages bestätigt wurde, dass sich der Fallanstieg bei den Hilfen nach § 35a SGB VIII durch alle Gemeinden der Bundesrepublik zieht.

Problematisch war bisher, dass Förderangebote der Schulen oft zu ungünstigen Zeiten oder an Orten stattfinden, die für die Kinder nicht ohne Probleme zu erreichen sind.

Sie macht deutlich, dass die Verwaltung alles daran setzt, jedem Kind die Hilfe zukommen zu lassen, die es benötigt. Sie weist aber auch darauf hin, dass das SGB VIII sowie das SGB XII nicht dafür zuständig sind, Kinder mit einer einfachen Lernschwäche aufzufangen. Im engen Kontakt mit dem Staatlichen Schulamt wird daran gearbeitet, dass dafür Sorge getragen wird, dass auch die Kinder die entsprechende Förderung erhalten, die sie benötigen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass seelische Beeinträchtigungen verhindert werden sollten.

Frau Dr. Herzel verweist darauf, dass im Land Brandenburg in der Grundschule die Klassen oft so voll sind, dass eine Förderung einzelner Kinder mit Schwächen nicht möglich ist.

Sie weist auch auf die Kinder hin, die Deutsch nicht als Muttersprache haben. Die seelische Schädigung dieser Kinder sollte genau betrachtet werden.

Es sollte auch nicht die Frage im Vordergrund stehen, wie viele betroffene Kinder und Jugendliche es gibt, sondern welche Gründe zu einer Beeinträchtigung geführt haben.

Frau Müller betont, dass hier alle ihre Verantwortung übernehmen müssen. Sie macht deutlich, dass keine Kinder durch ein Rost fallen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Schule ihren Verpflichtungen nachkommt.

Frau Schulze fragt, ob die ursprünglich als HSK-Maßnahme vorgeschlagenen Einsparungen in diesem Bereich auch durchsetzbar sind.

Frau Müller erklärt, dass die Kinder, die derzeit eine Hilfe erhalten, die Förderung auch weiterhin bekommen. Langfristig wird eine Reduktion der Fälle möglich sein, wenn die Schule ihren Verpflichtungen nachkommt (Förder- und Teilungsunterricht).

Frau Schumme verweist auf die privaten Schulen und fragt, ob es hier eine Trennung bei der Betrachtung gibt.

Frau Müller erklärt, dass diese Unterschiede nicht analysiert wurden.

Herr Kühn merkt grundsätzlich an, dass Fallzahlen möglicherweise fallen, wenn

Schule ihrer Verpflichtung nachkommt.

Er stellt fest, dass der Anstieg hauptsächlich bei den ambulanten Fällen zu verzeichnen ist. Diese haben bei der Finanzierung nicht den Hauptanteil, da die stationären Fälle wesentlich höhere Kosten verursachen.

Auch die Fallzahlen selbst findet er relativ niedrig im Verhältnis zu allen schulpflichtigen Kindern. Er befürchtet eine höhere Dunkelziffer bei Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche und Rechenschwäche. Hier sollte ein Vergleich mit vergleichbaren Städten erfolgen.

Frau Müller nimmt Bezug auf die Ausführungen zur Kostensituation und verweist auf die Seite 2 der Präsentation. Dort ist ein sprunghafter Anstieg von Januar 2010 bis April 2010 zu erkennen. Hier muss nach der Ursache gesehen werden. Auch der Kostenaufwuchs war hier relativ groß.

Es wurde festgestellt, dass Schule Förderangebote hat, die mitunter aus unterschiedlichen Gründen durch die Eltern nicht angenommen werden. Es werden dann oft Angebote Dritter angenommen und die Finanzierung erfolgt durch den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt.

Es muss auch gesehen werden, wer die seelische Behinderung oder die Bedrohung vor einer solchen feststellt.

Wichtig ist, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, die den Kindern und Jugendlichen zugute kommt und ihnen genau die Fördermöglichkeiten zu geben, die sie benötigen.

Frau Dencker fragt, ob die Analyse durch die Verwaltung vorgenommen wurde.

Frau Ehebrecht bestätigt, dass dies aufgrund der Aktenlage erfolgt ist.

Frau Dencker fragt, aus welchem Grund sich die Zahl der geförderten Kinder in den letzten Monaten verringert hat.

Sie macht deutlich, dass dies unbedingt im Bildungsausschuss beraten werden soll.

Frau Müller macht deutlich, dass bei den vier Kindern, die jetzt aus der Maßnahmen heraus sind, diese auch abgeschlossen ist.

Sie weist darauf hin, dass alle Akten einzeln gesichtet wurden. Es wurde festgestellt, dass Kinder in einer Förderung sind, die eigentlich in eine schulische Förderung gehören. Da das Wohl des Kindes vor geht, wird die begonnene Maßnahme auch weiter gewährt.

Der für Schule zuständige Geschäftsbereich hat die vorliegende Analyse auch erhalten. Allerdings ist hier nicht das Schulverwaltungsamt zuständig, sondern das staatliche Schulamt. Zu diesem ist bereits der Kontakt aufgenommen.

Frau Ehebrecht ergänzt, dass die Fallzahlen nicht statisch sind. Hier gibt es eine Entwicklung, da Kinder aus Maßnahmen heraus gehen und andere eine Maßnahme bekommen.

Frau Judacz schildert einen Einzelfall und bittet, bei jedem einzelnen Fall genau zu prüfen, welche Hilfe benötigt wird.

Herr Kühn appelliert daran, nicht allein die Schule in die Verantwortung zu nehmen, sondern einzelfallbezogen jedem Kind die Hilfe zukommen zu lassen, die es benötigt.

Herr Häschel bestätigt, dass es sich beim Fallanstieg bei den Hilfen nach § 35a SGB VIII um einen bundesweiten Trend handelt, der jetzt in Potsdam

angekommen ist.

## zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 5.1 **Erstellung "Lokaler Teilhabeplan Potsdam"**

**Vorlage: 10/SVV/0759**

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Häschel weist darauf hin, dass jetzt der Behindertenbericht erarbeitet ist, der eine gute Arbeitsgrundlage sein soll.

Er informiert, dass das Land beabsichtigt, in einem Netzwerk einen landesweiten Teilhabeplan zu erstellen. Dieser soll zum Juni 2011 vorliegen. Mit dem Teilhabeplan besteht auch die Möglichkeit einer Steuerung. Er warnt davor, zu hohe Erwartungen an den Plan zu haben, da dieser nicht alle Bereiche der Teilhabe abdecken kann.

Er berichtet, dass sich der Oberbürgermeister, der Landesbehindertenbeauftragte und er selbst im November 2010 darüber verständigen wollen, wie der Teilhabeplan auf den Weg gebracht werden soll.

Er empfiehlt, den Maßnahmenplan des Landes abzuwarten und an diesen anzuknüpfen.

Frau Schulze schlägt vor, den Behindertenbericht abzuwarten, der im Dezember 2010 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird. Wenn auf Landesebene der Teilhabeplan bis Ende des II. Quartal 2011 erstellt wird, sollte dieser und der Behindertenbericht der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage für die Erarbeitung eines kommunalen Teilhabeplanes unter Federführung von Herrn Häschel genutzt werden.

**Sie ändert den vorliegenden Antrag wie folgt:**

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention **und dem erstellten Teilhabeplan des Landes Brandenburg** einen Lokalen Teilhabeplan für die Landeshauptstadt Potsdam aufzustellen. Damit im Zusammenhang ist zeitnah eine städtische Koordinierungsstelle **beim Behindertenbeauftragten der LHP** einzurichten, die mit der Erarbeitung geschäftsbereichsübergreifend beauftragt wird.*

*Der Stadtverordnetenversammlung ist ein Entwurf **im IV. Quartal 2011** zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.*

Frau Dencker findet, dass Potsdam als Landeshauptstadt die Pflicht hat, die Vorreiterrolle im Land Brandenburg zu übernehmen. Sie hält es für schwierig, wenn der Antrag dahingehend modifiziert wird, dass abgewartet werden soll, was das Land macht. Aus ihrer Sicht ist die Vorlage des Entwurfes im IV. Quartal 2011 zu spät.

Frau Michalske-Acioglu unterstützt den Änderungsantrag von Frau Schulze, da es sich um einen praktikablen Vorschlag handelt.

Frau Dencker bittet dann um einen Zwischenbericht zum I. Quartal 2011, um den Stand der Erarbeitung zu erfahren.

Frau Schulze versteht den Behindertenbericht bereits als einen solchen Zwischenbericht, der geschäftsbereichsübergreifend erstellt wurde.

Frau Judacz spricht sich ebenfalls für den geänderten Antrag aus.

Frau Müller verweist darauf, was in den letzten Jahren auch in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat für die behinderten Menschen auf den Weg gebracht wurde.

Sie verweist auf den Integrationsplan, der auch analog dem vorgeschlagenen Verfahren erstellt wurde.

Frau Schulze schlägt vor, dass sich der Ausschuss beispielsweise im Juni 2011 von Herrn Häschel über den Arbeitsstand informieren lassen kann.

Herr Fröhlich regt an, quartalsweise über den Arbeitsstand zu berichten.

Frau Dencker macht deutlich, dass sie lediglich eine Information zum Arbeitsstand im Ausschuss für Gesundheit und Soziales haben möchte.

Frau Schulze nimmt dies in den Antrag auf. Sie schlägt vor, dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales im Juni 2011 eine Zwischeninformation zu geben.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention und dem erstellten Teilhabeplan des Landes Brandenburg einen Lokalen Teilhabeplan für die Landeshauptstadt Potsdam aufzustellen. Damit im Zusammenhang ist zeitnah eine städtische Koordinierungsstelle beim Behindertenbeauftragten der LHP einzurichten, die mit der Erarbeitung geschäftsbereichsübergreifend beauftragt wird.

Dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales ist im Juni 2011 eine Zwischeninformation zu geben.

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein Entwurf im IV. Quartal 2011 zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Ökologischer Mietspiegel**

**Vorlage: 10/SVV/0803**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller macht deutlich, dass die Mitteilungsvorlage als Zwischeninformation zum nächste Woche veröffentlichten „Mietspiegel 2010“ zu betrachten ist.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 6.2 Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen**  
**Vorlage: 10/SVV/0806**  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

*Die Mitteilungsvorlage wird vertagt.*

**zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

Frau Schulze weist auf eine Veranstaltung des Potsdamer Behindertenverbandes im Haus der Begegnung am 28.10.2010.

Ebenfalls im Haus der Begegnung erfolgt ab dem ab 20.10.2010 die Ausstellung der Originale zur Postkartenaktion gegen Falschparker.

Herr Fröhlich weist darauf hin, dass am 30. Oktober 2010 das 3. Fest für Toleranz der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Marktplatz am Schlaatz stattfinden.

Frau Grasnick informiert, dass ab dem 10.11.2010 im Flurbereich des Oberbürgermeisters eine Ausstellung von Bildern zu jüdische Straßennamen und der Geschichte der Menschen, die dahinter stecken, erfolgt.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:**  
**16. November 2010, 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

**Jana Schulze**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**